
Die Sowjetunion – am eigenen Anspruch gescheitert

Rezension von: Manfred Hildermeier,
Geschichte der Sowjetunion 1917-1991.
Entstehung und Geschichte des ersten
sozialistischen Staates, Verlag C.H. Beck,
München 2017, 2., überarbeitete und
erweiterte Auflage, 1.348 Seiten,
gebunden, € 49,95;
ISBN 978-3-406-71408-5.

Manfred Hildermeier, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Göttingen, ist einer der weltweit angesehensten Spezialisten für osteuropäische und russische Geschichte. 2016 erschien bei C.H. Beck die bereits 3. Auflage seines Standardwerks „Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution“.¹ 1997, rund sechs Jahre nach dem Zerfall der UdSSR, legte Hildermeier die „Geschichte der Sowjetunion“ vor, die ebenfalls rasch zum Referenzwerk im deutschen Sprachraum avancierte. Beim hier besprochenen Werk handelt es sich um die hundert Jahre nach der Doppelrevolution von 1917 veröffentlichte zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage.

Eine Überarbeitung war unumgänglich, weil sich in den 1990er-Jahren, in „einer Art ‚goldener Ära‘ für die Aufarbeitung der Sowjetgeschichte“ (S. 15), die vordem unzugänglichen Archive öffneten und weil es eine enorme Zahl an Veröffentlichungen, welche diese Quellen auswerteten, zu berücksichtigen galt. Diese Arbeiten behandelten insbesondere Ereignisse und Entwicklungen, welche das KP-Regime mit äußerst strenger Geheimhaltung belegt hatte, z. B. den bäuerlichen Wider-

stand im Bürgerkrieg und danach. Heute ist klar, dass die 90er-Jahre im Hinblick auf den Umgang mit der Vergangenheit und den Zugang zu den Archiven nur kurzfristig ein Fenster öffneten. Mittlerweile sind die Archive – ein Indiz für die Geschichtspolitik des neuen Regimes – wieder weitgehend geschlossen worden, und NROs wie „Memorial“, die sich der Erforschung des Stalin'schen Terrors und dem Gedenken der Opfer widmen, sind unter starken staatlichen Druck geraten.

Die Erweiterung schlägt sich in einem zusätzlichen Kapitel über das postsowjetische Russland bis 2016 nieder. Der Autor ortet „angesichts der Renaissance eines zunehmend autoritären und nationalistischen Obrigkeitsstaates“ (S. 16) eine auffällige Kontinuität in langer Perspektive. Der freiheitliche Neubeginn nach dem Zusammenbruch des Putschversuchs vom August 1991 erwies sich als kurzlebig.

Hildermeier konzentriert sich in seinen Ausführungen auf die vier klassischen Themen einer integrierenden Gesellschaftsgeschichte: (Innen-)Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur. Nur in groben Zügen und insoweit, wie sie zum Verständnis der inneren Gesamtentwicklung nötig sind, werden hingegen Außenpolitik und die Geschichte der nichtslawischen Peripherien der Sowjetunion behandelt.

Die zwölf chronologischen Großkapitel stehen jeweils für sich allein, sind also so gestaltet, dass sie einen Überblick über alle wichtigen Ereignisse, Entwicklungen, Probleme und Strukturen des jeweiligen Zeitabschnitts geben.

Weil das Publikum, an das sich der Band richtet, nicht nur die Fachleute sind, sondern auch die nicht fachlich vorgebildete Leserschaft, war der Au-

tor bemüht, die Darstellung über der Deutung nicht zu kurz kommen zu lassen, dies freilich um den „Preis“ des eindrucksvollen Umfangs von 1.180 Seiten Text.

Ansprüche der Oktoberrevolution

Den roten Faden, der sich durch das ganze Buch zieht, bilden die Ansprüche, mit denen die bolschewistischen Revolutionäre im Oktober 1917 die Macht antraten und an denen das Regime bis zuletzt festhielt, nämlich insbesondere, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den materiellen Lebensstandard des Westens zu erreichen, und dies durch die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus. Da die neuen Machthaber schon in den ersten Jahren ihrer Herrschaft die potenziellen Träger gesellschaftlicher Selbstorganisation, die Oppositionsparteien und die parteiinterne Opposition ausschalteten, musste sich das Regime gefallen lassen, uneingeschränkt für das Ausmaß der Zielerreichung verantwortlich gemacht zu werden. Die anfangs formulierten und verkündeten Ansprüche und Ziele bildeten die wichtigste Legitimationsgrundlage des Einparteiregimes. Als die wachsende Kluft zwischen Anspruch und Realität in den 1970er-Jahren immer offenkundiger wurde, geriet das Regime in gravierende Legitimationsprobleme, an denen es letztlich auch scheiterte.

Schon die Reformen der Zarenzeit ab den 1860er-Jahren (Kap. I), die Auseinandersetzungen zwischen Autokratie und den verschiedenen oppositionellen Strömungen und die Revolution von 1905 kreisten um das Kardinalproblem Russlands, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das mate-

rielle Lebensniveau der fortgeschrittenen Länder des Westens zu erreichen.

Unter den extremen Belastungen des Ersten Weltkriegs konnte die Autokratie den sozialen und politischen Wandel nicht mehr unter Kontrolle halten. Die Februar- und die Oktoberrevolution gaben unterschiedliche Antworten auf die Partizipationsansprüche von Bürgern, Arbeitern und Bauern: erstere in Gestalt eines demokratischen Experiments (Kap. II), letztere (zunächst) in Form der Räteverfassung.

Die erfolgreichen Umstürzler verkündeten im Oktober 1917 Aufgaben für die nahe und ferne Zukunft. Sie definierten ihre Herrschaft über Leistungen, die noch zu erbringen waren. „Unzulänglichkeiten der Gegenwart rechtfertigten sich durch das Versprechen einer bevorstehenden goldenen Zeit.“ (S. 18) Daraus bezogen die neuen Machthaber ihre anfängliche Dynamik.

Die Beseitigung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsdefizits wurde zur *raison d'être* der neuen Herrschaft erhoben. An ihm musste sich das sowjetische Modernisierungsregime messen lassen. Das umso mehr, als die KPR(B), die selbsterklärte „Avantgarde der Arbeiterschaft“, den Anspruch erhob, auf der Basis des Marxismus-Leninismus im alleinigen Besitz der Wahrheit zu sein, und sie die Gewissheit verkündete, den einzig richtigen Weg in die Zukunft zu kennen, sowie die Entschlossenheit, ihn gegen jeden Widerstand zu verfolgen.

Das Versprechen umfassender Partizipation der Arbeiter und Bauern über die Räte wurde freilich rasch begraben. Was die Bolschewiken für viele Arbeiter und Bauern besonders attraktiv machte, war nicht das Versprechen politischer Partizipation, sondern die vielfältigen und umfangreichen

Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, innerhalb der Roten Armee, der Partei, aber insbesondere in der sehr schnell wachsenden Bürokratie des neuen Staats.

Schon in dem halben Jahr nach den zwei Staatsstreich – am 25.10.1917 gegen die Provisorische Regierung und am 6.1.1918 gegen die Konstituierende Versammlung – erfolgte ein fundamentaler Umbau der Herrschafts-, Wirtschafts- und Sozialstrukturen Russlands (Kap. III). Der von allen Seiten mit äußerster Erbitterung geführte Bürgerkrieg (1918-1921) zerstörte dann, was von der überkommenen Ordnung noch übrig geblieben war. Der Kriegskommunismus stellte einen Versuch dar, Wirtschaft und Gesellschaft umfassend zu kontrollieren und alle verfügbaren Ressourcen der Rüstungsindustrie und der Kriegsführung zuzuführen. „Am Ende des Bürgerkriegs waren in der Tat ein neuer Staat, eine neue Wirtschaftsordnung und eine neue Gesellschaft entstanden, die auch einer tiefgreifenden Veränderung des Denkens und der gesamten geistigen Welt den Boden bereiteten“, fasst Hildermeier zusammen (S. 21).

Industrialisierungsstrategien

Vor dem Hintergrund der Hungerkatastrophe 1920-1922 und der gewaltigen, gegen den Sowjetstaat und dessen Zwangsrequirierungen gerichteten Aufstände der Bauern, die zurück zur 1917/18 erkämpften Selbstverwaltung der Gemeinden wollten, beschloss die KPR(B) im Frühjahr 1921 eine weitgehende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, und zwar vom Kriegskommunismus hin zum Markt und zu Privatunternehmen, die sog. „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP). Im Rah-

men dieser hybriden, in ständiger Veränderung begriffenen, in sich zutiefst widersprüchlichen Wirtschaftsordnung der Jahre 1921 bis 1928, die v. a. eine Konzession an die Bauern darstellte, fand eine Regulierung des Tausches zwischen Stadt und Land über Marktpreise und staatliche Steuern statt.²

Immerhin vermochte die NÖP (Kap. IV) den Zusammenbruch der Landwirtschaft zu verhindern, die Ernteerträge waren Mitte der 1920er-Jahre höher als in der goldenen Ära des russisch-ukrainischen Ackerbaus der 1900er-Jahre, und die sowjetische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit wuchs schnell, freilich ausgehend von sehr niedrigem Niveau. Doch die politische Verfassung blieb in dieser Zeit unverändert, das Machtmonopol der KPdSU erfuhr keinerlei Einschränkung. Nach Lenins Tod 1924 wurden innerparteilich heftige Dispute über den künftigen sozio-ökonomischen Kurs geführt. Oleg Chlewnjuk weist in seiner Biografie „Stalin“ (2015)³ darauf hin, dass der Georgier, seit Anfang 1922 Generalsekretär des ZK, diese Konflikte entschlossen vorantrieb, welche der kollektiven Führung schließlich ein Ende setzten: 1926 schloss das Politbüro Sinowjew, Kamenew und Trotzki aus.

Der gesellschaftliche, industrielle und landwirtschaftliche Umbruch des Jahre 1928-1933 (Kap. V und VI), die Stalin'sche „Revolution von oben“, bedeutete eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Sowjetunion. Sie schloss die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, einen „großen Sprung“ in der Industrialisierung um jeden Preis und den Übergang zur zentralen Planwirtschaft ein. Die Mittel zur Finanzierung des enormen Investitionsvolumens in Infrastruktur und Industrie wurden gewaltsam aufgebracht, nämlich

durch die Senkung des ohnehin bereits sehr niedrigen Lebensstandards der Arbeiterschaft und einen „brutalen Krieg gegen das Dorf“ (S. 1112), also die Ausbeutung ländlicher Gebiete. Kurz- und mittelfristiges Ziel des massiven Ausbaus von Schwer- und Rüstungsindustrie war ein „wehrhafter Sozialismus“, der dem über kurz oder lang erwarteten Angriff kapitalistischer Mächte würde standhalten können.

Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft erwies sich nicht nur kurzfristig (Hungersnot 1932/33) als Katastrophe. Zur Sicherung eines Mindestmaßes an Ertrag musste Stalin 1935 in der Kolchosordnung den einstigen Bauern und nunmehrigen Landarbeitern einen Rest an privater Produktion zugestehen. Die fortan geduldeten Nebenerwerbswirtschaften wurden zur hauptsächlichen Lebensgrundlage der Bauern. Langfristig begründete die Zwangskollektivierung „eine dörfliche Wirtschafts- und Sozialorganisation, die den Mangel chronisch machte und Russland auf die Dauer von einem Getreideausfuhr- in ein Getreideeinfuhrland verwandelte“ (S. 1116). Alle späteren Versuche, diese Leistungsschwäche der Landwirtschaft im Rahmen der ideologisch vorgegebenen Ordnung zu beheben, blieben ohne dauerhaften Erfolg.

Um einen extrem hohen Preis an Menschenleben, an millionenfacher Zwangsarbeit und ein ungeheures Maß an verschwendeten Ressourcen gelang es jedenfalls, mittels Industrialisierungsschub und zentraler Planwirtschaft hohes extensives Wirtschaftswachstum zu erzielen und die seit Jahrhunderten diskutierte und beklagte „Rückständigkeit in einer enormen Kraftanstrengung vergleichsweise schnell zu verringern“ (S. 1113). Und

der große Sprung der Industrie schuf – gemeinsam mit der Verlagerung von Produktionskapazitäten hinter den Ural – die wirtschaftliche Grundlage für die Abwehr des Angriffs der Hitler'schen Invasionsarmeen 1941-1945 (Kap. VII) und damit für den Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht.

In politischer Hinsicht bildeten Einparteistaat, personale Herrschaft, Führerkult und Massenterror die Hauptelemente des Stalin'schen Regimes. Worin sieht der Autor die Ursachen des Massenterrors? „Diffuse Angst vor ‚Diversanten‘ in einer zunehmend konfliktgeladenen, kriegsgefährlichen internationalen Situation in Verbindung mit ideologischem ‚Reinheits‘-Wahn und totalitärer Kontrollsucht überzeugen gegenwärtig als denkbare Motive am meisten“ (S. 22).

„Entwickelter Sozialismus“

Während Chruschtschow (1953-1964, Kap. IX) – letztlich vergeblich – auf wirtschaftliche Reformen, sozialistische Überzeugung und größere Meinungsfreiheit gesetzt hatte, um den Erwartungen der Bevölkerung entgegenzukommen, bestand der implizite Gesellschaftsvertrag der Breschnew-Ära (Kap. X) in der Hebung des Lebensstandards als Gegenleistung für Arbeitseinsatz und Protestverzicht. Tatsächlich erreichte die materielle Versorgung des durchschnittlichen Sowjetbürgers in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren ihren Höhepunkt: „In der Retrospektive betrachtet, erlebte die Nachkriegssowjetunion in diesen Jahren sogar ihre ‚goldene Zeit‘“ (S. 924).

Doch Mitte der 1970er-Jahre, das zeigen inoffizielle russische Neuberechnungen des Wirtschaftswachstums, verlor die sowjetische Volkswirt-

schaft die Expansionskraft, die sie bei allen Defiziten seit der „großen Wende“ Ende der 1920er-Jahre ausgezeichnet hatte: Die durchschnittliche jährliche reale Wachstumsrate ging von 5% in den 50er- auf 4% in den 60er-Jahren und 3% 1971-1975 zurück, fiel dann aber auf unter 1% 1976-1985, und dies trotz der beiden Ölpreissprünge und der gestiegenen Rohstoffpreise, welche der Sowjetunion höhere Exporterlöse bescherten. Und in den späten 1980er-Jahren stagnierte die reale Wirtschaftsleistung überhaupt. Aufgrund der chronischen strukturellen Mängel der Wirtschaftsordnung erwies sich der Übergang von extensivem zu intensivem Wirtschaftswachstum als unmöglich. Infolgedessen war die sowjetische Volkswirtschaft trotz des enormen Reichtums an Rohstoffen nicht mehr in der Lage, beide Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen: ein 3,7 Mio. Mann starkes Heer zu unterhalten, im Rüstungswettlauf immer kostspieligere Waffensysteme zu produzieren, (ab 1979) in Afghanistan Krieg zu führen und die wachsenden materiellen Ansprüche der Bevölkerung zu erfüllen.

Zwar war das Bewusstsein wachsender Rückständigkeit in der allgemeinen ökonomischen Leistungsfähigkeit, in den meisten Feldern der Technik und im Konsumniveau gegenüber dem kapitalistischen Systemgegner vorhanden, indes die Bereitschaft, daraus praktische Konsequenzen zu ziehen und grundlegende, die bestehende Wirtschaftsordnung sprengende Reformen anzugehen – wie dies in der VR China unter Deng Xiaoping ab 1978 der Fall war –, fehlte bei Breschnew und den anderen Gerontokraten im Politbüro.

Folglich konnten Partei und Staat den impliziten Gesellschaftsvertrag ab

der 2. Hälfte der 70er-Jahre nicht mehr einhalten: Die Werktätigen häuften zwar Geld an, fanden aber wenig und oft nicht das Gewünschte, was sie dafür kaufen konnten. „Im Maße seiner Unfähigkeit, ausreichend Konsumgüter in angemessener Qualität zur Verfügung zu stellen, büßte nicht nur die Propaganda endgültig ihren Kredit ein. Darüber hinaus wuchsen die Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des Regimes selbst“ (S. 940). Das Regime verlor also die Loyalität seiner Bürger, konstatiert Hildermeier.

Gorbatschow (Kap. XI: 1984-1991) erlag der naiven Vorstellung, die bloße Beseitigung zentraler Vorgaben und Kontrollen reiche aus, um die blockierte Eigeninitiative in der Volkswirtschaft zu entfesseln. Dass sich wenige Personen an strategischen Positionen mit guter Vernetzung legal und illegal extrem bereicherten, während die Mehrheit unter der Mangelwirtschaft litt und in Armut versank, erkannte er zu spät. Das Regime büßte das Vertrauen der Menschen völlig ein. Gorbatschows politische und ökonomische Reformen hatten die Auflösung von Macht und Autorität der Partei zur Folge.

„(D)ie Sowjetunion dankte mitten im Frieden ohne äußere und bei minimaler innerer Gewaltanwendung sang- und klanglos ab. Sie brach zusammen wie das sprichwörtliche Kartenhaus, implodierte gleichsam“ (S. 1111). Der Untergang des sozialistischen Experiments auf russischem Boden vollzog sich zwischen 1985 und 1993.

Hildermeiers *opus magnum* zählt zweifellos zu jenen Werken, die in der Bibliothek eines an der Geschichte Osteuropas und Russlands Interessierten nicht fehlen sollten.

Michael Mesch

Anmerkungen

¹ Siehe die Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39/3 (2013) 465-471.

² Siehe dazu ausführlich Smith, Stephen A., *Revolution in Russland. Das Zaren-*

reich in der Krise 1890-1928 (Darmstadt 2017). Eine Besprechung dieses Buchs erschien in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/1 (2018) 133-139

³ Siehe die Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 42/1 (2016) 202-208

blog.arbeit-wirtschaft.at